

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Öko-Steuern nicht zu Lasten der Familien

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass es im Zuge der Ökologisierung des Steuersystems zu keinen Benachteiligungen insbesondere für Familien kommt.

Begründung

Der Verkehr gilt als Sorgenkind in der CO₂-Bilanz Österreichs. Bereits seit heuer wird darum bei der Normverbrauchsabgabe (NoVA) und bei der motorbezogenen Versicherungssteuer der CO₂-Ausstoß eines Kraftfahrzeuges stärker gewichtet. Die Bundesregierung sieht nun vor, dass bei den motorbezogenen Abgaben der CO₂-Ausstoß im Sinne einer "Ökologisierung" noch stärker berücksichtigt werden soll. Größere Autos werden damit kostspieliger und CO₂-arme Autos billiger. Das betrifft nicht nur SUVs und Kleintransporter, sondern sehr stark auch Familienfahrzeuge, z.B. Familien-Vans. Familien mit Kindern greifen nicht nur wegen des größeren Raumangebotes (mehr Platz für Kindersitze, etc...) auf Vans oder Kleinbusse zurück, sondern unter anderem wegen einer ausgeprägteren Fahrsicherheit größerer Fahrzeuge im Vergleich zu Klein-PKW.

Diese Änderung betrifft fast alle Neuwagenkäufe und wird für Familien zukünftig zu noch mehr Ausgaben beim Autokauf führen. Familien dürfen aber keineswegs die Leidtragenden einer Steuerreform sein.

Auch wenn die Ökologisierung des Steuersystems ein notwendiger Schritt ist, um die Auswirkungen des Klimawandels einzudämmen, darf eine Reform des Steuersystems auf keinen Fall zur Benachteiligung von Familien führen. Die unterzeichneten Abgeordneten bekennen sich klar zu einer sozial verträglichen Klimapolitik mit Hausverstand und fordern daher, dass gewährleistet sein muss, dass es bei der angekündigten Abgabenreform zu keinem Mehraufwand für die ohnehin finanziell stark belasteten Familien kommt. Es muss eine zielführende Reform ohne sozialer Benachteiligung ausgearbeitet werden.

Linz, am 1. Dezember 2020

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Langer-Weninger, Dörfel, Hattmannsdorfer, Stanek, Manhal, Höckner, Scheiblberger,
Ecker**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr